

Für und wider die Erinnerung – Die Gründung der Freien Demokratischen Partei am 11./12.12.1948 in Heppenheim

Ein gezieltes und gekonnt inszeniertes Stück Erinnerungspolitik – das ist die naheliegende Deutung, die sich ergibt, wenn man die gut ein Jahrhundert umgreifende gedankliche Linie von jener Versammlung, zu der sich am 10. Oktober 1847 Vertreter der vormärzlichen liberalen Opposition in Heppenheim an der Bergstraße zusammengefunden hatten, zu dem „Gesamt-Vertretertag“ zieht, auf dem sich am 11./12. Dezember 1948 die Freien Demokraten als Westzonen- bzw. Bundespartei konstituierten. Und in diesem Sinne sind die beiden Heppenheimer Zusammenkünfte auch in der jüngeren erinnerungsgeschichtlichen Literatur behandelt worden.¹ Blickt man freilich genauer auf Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen des Heppenheimer Gründungskongresses, so stellt sich der historische Zusammenhang erheblich komplexer dar, und an die Stelle gekonnter Inszenierung tritt – bestenfalls – ein heftiger Kampf um die Erinnerung.

Zunächst: Die Gründung der Freien Demokratischen Partei als Bundespartei begann – am 18. Januar 1948 – mit einem Scheitern, mit dem Eingeständnis, dass im besetzten Deutschland und unter den Bedingungen des sich verschärfenden Kalten Krieges eine Zusammenarbeit der Liberalen in allen vier Zonen nicht mehr möglich war, dass vielmehr die politischen Vorgaben der Besatzungsmächte ein differierendes Handeln und eine unterschiedliche Sprache in Ost und West erforderten, die von der jeweils anderen Seite als Belastung der eigenen Politik und als Verrat an der liberalen Sache empfunden wurde.²

- 1 Roland Hoede, Und warum in Heppenheim?, in: Liberal 39, 1997, H. 3, 60–65; ders., Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847. Frankfurt am Main 1997, 153ff.; Birgit Bublies-Godau, Das Vermächtnis der Versammlungen – Heppenheim als Erinnerungsort der freiheitlichen Demokratie und des politischen Liberalismus in Deutschland, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22, 2010, 79–106.
- 2 Dazu v. a. Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949. Düsseldorf 1985, bes. 295ff. Vgl. als knappen Überblick ferner Jürgen Frölich, Von Berlin nach Heppenheim. Der deutsche Liberalismus zwischen Triumph und Tragik 1945–1949, in: Wolfgang Gerhardt (Hrsg.), Die Kraft der Freiheit. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Liberalismus. Stuttgart/Leipzig 2008, 20–37.

Allerdings zeigte sich nun sehr rasch, dass sich auch in den Westzonen als Folge des dezentralen Gründungsvorgangs, der unterschiedlichen regionalen Voraussetzungen für die liberale Parteibildung, auch aufgrund besatzungspolitischer Differenzen fundamentale Auffassungsunterschiede ausgeformt hatten, die sich im wesentlichen zwei verschiedenen Parteikonzeptionen zuordnen lassen.³

Die am Anfang dominierende Richtung, vertreten vor allem im deutschen Südwesten und in den Hansestädten, war die einer Fortführung der linksliberalen Traditionslinie. Die liberale Partei wurde nach wie vor als Emanzipations- und Freiheitsbewegung verstanden und sollte sich bewusst von jeder vordergründigen Vertretung bürgerlicher Interessen absetzen. Das bedeutete keineswegs, die Frage nach der sozialen Basis der neuen Partei außer Acht zu lassen, sondern dahinter stand die Überzeugung, dass es nach wie vor eine breite Anhängerschaft für eine so verstandene liberale Politik gebe, einen Anhängerkreis, bei dem sich soziale Herkunft, materielle Interessen und politische Zielsetzungen noch ganz selbstverständlich deckten und ineinanderflossen. Mit den Worten von Theodor Heuss: „Das eben unterscheidet vielleicht diesen Bereich von anderen; er lebte nicht daraus, daß er aus vielerlei Herkunft irgendeine ‚Gegenfront‘ zu formieren und sie mit einem programmatischen Stichwort zu plakatieren brauchte: er konnte in Gesinnungen, Menschen, Familienüberlieferungen, unerschütterten Sachüberzeugungen einen unzerstörten Bestand antreten.“⁴ In diesem Sinne war dann auch die Vermittlungsrolle, die Aufgabe des politischen und sozialen Ausgleichs, die man der liberalen Partei von neuem zugedacht hatte, nicht aus einer abstrakten Systemfunktion als Mittlerin zwischen Rechts und Links abgeleitet. Sie beruhte vielmehr auf der Überzeugung, dass das bürgerlich-liberale Milieu als eine eigenständige Lebenswelt neben dem konservativ-konfessionellen und dem sozialdemokratischen Einzugsbereich immer noch die eigentliche Mitte der Gesellschaft darstelle.

Die Gegenkonzeption, die sich nach und nach in besonderem Maße in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchsetzte, fußte hingegen auf der schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik gewonnenen und sich nun 1945 bestätigenden Erfahrung, dass für eine klassische liberale Partei, gleich welcher Spielart, ja selbst für eine Zusammenfassung der beiden liberalen Strömungen kein ausreichendes Anhängerpotential mehr zur Verfügung stehe. Es komme deshalb darauf an, postuliert z.B. Friedrich Middelhaue, der führende Vertreter dieser Richtung in Nordrhein-Westfalen, „bei der Gestaltung unserer Partei und unserer

3 Hierzu ausführlich Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 202ff. u. passim.

4 Demokratische Volkspartei, in: Der Tagesspiegel Nr. 207 v. 5.9.1946.

politischen Arbeit sämtliche Kräfte zu erfassen, die es ablehnen, sich einer der marxistischen Parteien oder der christlich demokratischen Partei (Zentrumspartei) anzuschließen. Das bedeutet aber, daß wir sowohl die im besten Sinne liberalen als auch im besten Sinne konservativen Kreise unseres Volkes anzusprechen“ haben.⁵ Bei der hier ins Auge gefassten Sammlung des protestantischen Bürgertums konnte dann auch nicht mehr der Liberalismus in einem umfassenden Sinne die ideologische Grundlage der neuen Partei bilden. Vielmehr mussten aus dem Katalog liberaler Zielsetzungen jene herausgegriffen und in den Vordergrund gerückt werden, die besonders geeignet erschienen, die verschiedenen politischen Strömungen in einer Partei zusammenzuführen, vor allem natürlich das Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnung und die Betonung des nationalen Gedankens. Die Konzeption eines Middelhaue unterschied sich eben von dem Stuttgarter Modell nicht nur durch ihre Ausrichtung auf die rechte Seite des Parteienspektrums und alle sich daraus ergebenden Konsequenzen für die praktische Politik. Sie unterschied sich ebenso durch die in einem formalen Sinne ganz andere Art von Parteipolitik, die hier propagiert wurde. Statt eine sozial relativ homogene, zugleich aber stark regional geprägte und verwurzelte Anhängerschaft zu vertreten, sollten hier sehr unterschiedliche Wählergruppen durch überregional gültige, nationale Orientierungsmuster gewonnen werden. Die Zielvorstellung war also eine in doppeltem Sinne, von den Methoden wie von den politischen Inhalten her, nationale Sammlungsbewegung.

Die Bemühungen um den westzonalen Parteizusammenschluss fielen nun in eine historische Phase, in der sich die Kräfteverhältnisse zwischen diesen beiden Richtungen signifikant zu verschieben begannen.⁶ Anfang 1948 war die unbestritten führende Kraft unter den westdeutschen Landesparteien noch die Demokratische Volkspartei Württemberg-Baden, nach Stimmenanteilen wie auch nach organisatorischer Stärke und finanzieller Kraft. Nicht umsonst hatte sie mit Theodor Heuss den mit Wilhelm Külz gleichberechtigten Vorsitzenden der bisherigen gesamtdeutschen Partei gestellt. In ihren Händen, konkret in denen ihres Generalsekretärs Ernst Mayer, lag deshalb auch seit dem Januar 1948 die Aufgabe der Koordinierung zwischen den westdeutschen Landesparteien.

Erstmals wurde auf einem informellen Treffen führender liberaler Politiker in Frankfurt am Main am 28. Juni 1948, also rund eine Woche nach der Währungsreform, erwogen, „im Herbst einen Gesamtvertretertag aller Landesparteien [...] an Stelle eines heute doch nicht zu finanzierenden Gesamtparteitages“ einzuberufen.⁷ Ihm sollte die Aufgabe zufallen, Parteiprogramm

5 Friedrich Middelhaue an den Landesverband Westfalen der LDP v. 8.12.1945, Bl. 2, Kopie in: Archiv des deutschen Liberalismus (nachfolgend: AdL) 27662.

6 Vgl. im einzelnen Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 327ff.

7 DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5.7.1948, in: AdL 67.

und Satzung zu verabschieden, den Vorstand zu wählen und nicht zuletzt endgültig über den Namen der neuen Partei zu entscheiden. Bei dieser Gelegenheit ist, wie einem Brief des bayerischen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler zu entnehmen ist, auch erstmals der Name Heppenheim als Tagungs-ort erwähnt worden.⁸

Für ein Treffen an der Bergstraße sprachen zunächst einmal pragmatische Gründe: die Unmöglichkeit, eine Veranstaltung dieser Art unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit in einer Großstadt abzuhalten, die verkehrsgünstige Lage, die Bereitschaft der Liberalen vor Ort, eine solche Mammutaufgabe zu stemmen. Die besondere historische Bedeutung Heppenheims wurde in den aus Stuttgart versandten Rundschreiben nicht erwähnt; überhaupt gab sich Mayer auch hinsichtlich der Ortswahl betont offen,⁹ zumal auch der angedachte Termin sich wegen der zahlreichen Wahlverpflichtungen der einzelnen Landesparteien immer weiter verschob.

Die Zeitumstände machten sich zudem, wie bereits oben angesprochen, dadurch massiv bemerkbar, dass mit der Währungsreform die bisherigen Formen der Finanzierung über Parteizeitschriften praktisch über Nacht zusammenbrachen.¹⁰ Die Stuttgarter sahen sich deshalb nicht mehr in der Lage, die Kosten der Koordinierung alleine zu tragen und mussten die anderen Landesparteien um Unterstützungszahlungen bitten.

Zugleich vollzog sich mit der zunehmenden Lockerung des alliierten Lizenzzwangs ein Wandel der parteipolitischen Landschaft.¹¹ Neue Regionalparteien traten auf, rechtsradikale Gruppierungen erzielten erste nennenswerte Wahlerfolge, und die Bildung einer Vertriebenenpartei kündigte sich an. Vieles schien auch darauf hinzudeuten, dass sich die Union zu einer rein katholischen Partei zurückentwickeln werde, dass mithin hier eine gewaltige Konkursmasse zur Verfügung stehe. Die Verfechter eines Sammlungskurses sahen daher jetzt ihre Stunde gekommen und die Chance, mit ihrem politischen Konzept eine breite Wählerschaft an die liberale Partei zu binden, während die gemäßigten, auf die politische Mitte hin orientierten Kräfte zunehmend in die Defensive und in eine Minderheitsrolle gerieten.

Wie sehr gerade die Stuttgarter durch die neuen Entwicklungen beunruhigt und zutiefst getroffen waren, belegt vor allem ein Rundbrief, den Ernst Mayer am 27. November 1948 verschickte.¹² Es dürfe nicht sein, so Mayer,

8 Vgl. d. Schr. v. Thomas Dehler an Fritz Linnert v. 30.6.1948, in: AdL Nachlass Dehler/N 1-291.

9 DPD-Rdschr. Nr. 5 v. 6.9.1948, in: AdL 67: „Von hier aus wird als Tagungsort ein Städtchen an der hessischen Bergstrasse, etwa Heppenheim, vorgeschlagen. Andere Vorschläge werden erbeten.“

10 Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 239ff.

11 Ebd., 210ff.

12 Rundbrief an d. Mitglieder d. Koordinierungsausschusses v. 27.11.1948, in: Bundesarchiv (nachfolgend: BA), Nachlass Heuss, Bd. 407.

„dass in einer liberalen Partei nicht nur einzelne Politiker, sondern ganze Gruppen sind, die aus dem Ansprechen der gefährlichen nationalistischen Instinkte unseres Volkes ein politisches Gewerbe machen. Das geschieht aber heute vielfach, teils von Leuten, die ihrer ganzen politischen Auffassung nach gar nicht zu uns gehören, teils von solchen, für die der Gebrauch des Harzburger Vokabulariums nur den ehrlichen, aber hoffnungslosen Versuch bedeutet, das Aufkommen einer neuen Rechtspartei zu verhindern.“ Vor allem „aus der Korrespondenz einer ganzen Anzahl jüngerer Menschen in unserer Partei muß man fortwährend mit Erschrecken feststellen, dass die Jahre der maßlosen Bestialität, des unerhörten Leidens und Leides, dass die selbstzerstörerische Grausamkeit des Dritten Reiches an ihrem Denken offenbar spurlos vorübergegangen sind“. Aus „nationalen Gründen der nationalistischen Jahrmarktphrase den Kampf an[zu]sagen statt sich ihrer zu bedienen“, darin sähen die süddeutschen Liberalen, aber auch ein großer Teil der anderen Landesorganisationen die vordringliche Aufgabe. Das Ergebnis des Gründungsaktes von Heppenheim müsse eine Partei sein, „die außenpolitisch an Stresemann und Brüning anknüpft, nicht an Hugenberg, und innenpolitisch eine liberale, aber nicht manchesterliche oder kathederal-liberalistische, soziale, entschieden demokratische [...] Linie verfolgt und sich dabei absolute Handlungsfreiheit bewahrt, ihre vermittelnde Aufgabe einmal mit der Rechten und einmal mit der Linken zu lösen“.

Erst jetzt, unmittelbar vor dem Zusammentreffen der liberalen Delegierten in Heppenheim, spielte Mayer auch die historische Karte offen aus, die er mit der Wahl des Tagungsortes in der Hand hielt. An prominenter Stelle, im Berliner „Tagesspiegel“, erschien am 8. Dezember unter der Überschrift „Einheit in Freiheit“ ein Artikel aus seiner Feder:¹³ „Einheit in Freiheit im Staatspolitischen wie im Parteipolitischen“ zu schaffen, diese Aufgabe, die jetzt den Delegierten gestellt sei, ähnele jenen Fragen, „mit denen sich die süddeutschen Liberalen vor 101 Jahren im gleichen Heppenheim auseinanderzusetzen hatten, und sie werden in dieser Vergangenheit, an die der Tagungsort erinnert, eine Mahnung erblicken, nie mehr in Deutschland eine Politik zuzulassen, die nach hundert Jahren die Urenkel wieder vor dieselben Aufgaben stellt“.

Die Konsequenzen aus dieser glasklaren politischen und historischen Standortbestimmung im Sinne einer expliziten Anknüpfung an liberale Parteitraditionen hat Mayer, haben aber auch sein Parteivorsitzender Theodor Heuss und die mit ihnen sympathisierenden gemäßigten liberalen Landesparteien Süddeutschlands und der Hansestädte in Heppenheim dann unmittelbar zu spüren bekommen.¹⁴ Deutlich zeigte sich in den Wahlergebnissen eine

13 Der Tagesspiegel Nr. 286 v. 8.12.1948.

14 Dazu ausführlich Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 333ff.

scharfe Konfrontation zwischen den national und den liberal orientierten Landesverbänden. Für Heuss als ersten Vorsitzenden der FDP stimmten nur 72 von 89 Delegierten, und Mayer verpasste mit lediglich 31 Stimmen den Einzug in den Bundesvorstand, obwohl er als der maßgebliche Organisator der Bundespartei vorgesehen war. Außer dem bloßen Akt der Parteikonstituierung und einer Entschliebung zu aktuellen politischen Fragen ließ diese Konfrontation keine weitere Gemeinsamkeit zu. Nüchtern konstatierte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Friedrich Middelhauve im Rückblick auf Heppenheim, eine Abstimmung der politischen Inhalte oder gar die Beratung eines Parteiprogramms sei nicht möglich gewesen, „weil durch die zu erwartenden Auseinandersetzungen die eben erst erfolgte Vereinigung in ein ungünstiges Licht gerückt worden wäre“.¹⁵

Nur mit großer Mühe gelang es zudem, sich über den Namen der neuen Partei zu verständigen, und auch das nur, weil die innerparteilichen Fronten hier durch vielfältige Zeitumstände gebrochen waren: Denn die Liberalen in der Britischen Zone, unter denen die nationale Richtung besonders stark vertreten war, firmierte ja bereits als FDP, während jede Benennung, die das von den Südwestdeutschen vehement abgelehnte Adjektiv ‚liberal‘ enthielt, durch den Namen der LDP in der SBZ zusätzlich belastet erschien. Daher setzte sich der Name FDP mit 64 zu 25 Stimmen gegen die Bezeichnung LDP durch.

Im Ergebnis hat der Heppenheimer „Gesamt-Vertretertag“ lediglich ein absolutes Minimum der ursprünglichen Agenda, nämlich den formalen Akt der Bundesparteigründung, erledigen können. Vor allem die von Ernst Mayer und seinen Mitstreitern mit der Wahl des Tagungsortes intendierte Verankerung der neuen Partei in der liberalen Tradition stieß dagegen auf den vehementen Widerspruch der national orientierten Landesverbände. Schon im Vorfeld von Heppenheim hatte der hessische LDP-Vorsitzende August Martin Euler die Richtung klar vorgegeben: „Um den kämpferischen Geist der Partei“ werde „es schlecht stehen“, wenn sie „mit einer unglücklichen Tradition (Demokratische Partei) verknüpft“ sei.¹⁶ Denn offensiv um politisch und sozial heterogene Wählergruppen werben und sie unter liberalen wie nationalen Parolen zusammenführen konnte nur eine historisch unbelastete, sich explizit als neu etikettierende Partei. Und nach Heppenheim triumphierte Friedrich Middelhauve: „Die Mehrheit scheint die Abkehr vom Liberalismus alter Prägung vollzogen zu haben. Sie hat erkannt, daß wir in

15 Protokoll der Sitzung d. FDP-Landesausschusses Nordrhein-Westfalen am 18.12.1948 in Düsseldorf, Bl. 3, in: AdL 26898.

16 Schr. v. August Martin Euler an Franz Blücher v. 21.9.1948, in: BA Nachlass Blücher, 93.

einer Revolution aller Werte stehen und es nicht angeht, dort wieder anzuknüpfen, wo die demokratischen Parteien 1933 aufgehört haben.“¹⁷

In welchem krassem Maße die beiden Richtungen in der neuen Partei ein höchst differierendes, ja konfligierendes Geschichtsverständnis vertraten, wurde nirgends deutlicher als in der Flaggenfrage. Das Tagungsprogramm von Heppenheim hatte, wie konnte es aus der Sicht der Württemberger und Badener auch anders sein, die Farben Schwarz-Rot-Gold geziert. Aber ein förmliches Bekenntnis zu dieser traditionellen Symbolik von Liberalismus und Demokratie war auf dem Heppenheimer Kongress nicht zu erlangen. Vielmehr wurde, so Ernst Mayers Bericht, „hinter den Kulissen“ kräftig „für schwarz-weiss-rot plädiert“.¹⁸ Sogar nachdem das Grundgesetz mit seinem klaren Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold bereits verabschiedet war – auch die fünf FDP-Abgeordneten hatten im Parlamentarischen Rat einmütig mit „Ja“ gestimmt –, setzte sich der Flaggenstreit auf dem ersten FDP-Bundesparteitag im Juni 1949 in Bremen fort. Das „Memorandum zur Flaggenfrage“, das vom Parteitag aus Furcht vor offenem Streit ohne Aussprache und ohne Abstimmung angenommen wurde, gipfelte in dem Satz: „Die Freie Demokratische Partei erkennt die Flagge schwarz-rot-gold als die Fahne des neuen Deutschland an.“ – um dann allerdings fortzufahren: „Der schwarz-weiß-roten Fahne wird sie immer ein ehrfurchtsvolles Gedenken bewahren.“¹⁹ Dass die national orientierten Landesverbände in dieser Kompromissformulierung ausdrücklich keine definitive Absage an Schwarz-Weiß-Rot sahen,²⁰ haben sie bereits im nachfolgenden ersten Bundestagswahlkampf deutlich werden lassen. Energisch musste sich der neue FDP-Vorsitzende Heuss dagegen verwahren, dass seine Wahlkampfkundgebungen in Niedersachsen mit schwarz-weiß-roten Plakaten angekündigt wurden: Er „lehne es ab, so nebenher als Führer einer Traditionskompagnie des Herrn Hugenberg angesehen oder missbraucht zu werden“.²¹ Dennoch blieben die national orientierten Landesverbände strikt auf ihrem Kurs, wie sie in den 1950er Jahren stets durch die Farbgebung ihrer Wahlplakate demonstrierten.²²

17 Aktennotiz v. Friedrich Middelhaue v. 14.12.1948, in: Landesarchiv Düsseldorf, Nachlass Middelhaue, Fs. 427.

18 Schr. v. Ernst Mayer an Reinhold Maier v. 15.12.1948, in: HStA Stuttgart, Nachlass Maier, Bd. 196.

19 Memorandum zur Flaggenfrage, abgedr. bei: Peter Juling (Hrsg.), Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, 92.

20 Vgl. v.a. Franz Blücher, Flaggenstreit?, in: Kurze Nachrichten Nr. 96 v. 15.6.1949.

21 Theodor Heuss an Hermann Föge v. 19.7.1949, abgedr. in: Theodor Heuss, Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949. Hrsg. u. bearb. v. Ernst Wolfgang Becker. München 2007, 516 f.

22 Vgl. etwa die auf dem Buchumschlag von Kristian Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP, 1945–1953. München 2010, abgebildeten Plakate.

Der Heppenheimener Gründungskongress war also alles andere als der triumphale Start einer erneuerten liberalen Partei. Ein „Meilenstein liberaler Parteigeschichte“ war er nur in der Rückschau aus der sicheren Distanz von mehr als 60 Jahren. Er war eben weder ein Fanal im Sinne der Sammlungsbestrebungen der national orientierten Landesverbände, noch erfüllte er die ihm von den gemäßigt liberalen Landesverbänden zugedachte Aufgabe, die neue Partei fest in der liberalen Tradition zu verankern. Vielmehr begannen in Heppenheim und Bremen quälende Jahre des Ringens der beiden Parteiflügel mit- bzw. gegeneinander. Der offensive Druck von Seiten der Parteirechten hielt auch in der Folgezeit an, so lange, wie die politisch-soziale Entwicklung ihnen in die Hände zu spielen, ihrer politischen Konzeption recht zu geben schien.²³ Erst die Jahre 1952 und 1953 brachten hier den Höhepunkt der Auseinandersetzungen, und als Nachspiel folgte dann noch die Parteispaltung des Jahres 1956. Das entscheidende Datum aber, das diese Phase liberaler Parteientwicklung abschloss, war der 6. September 1953, der Tag der zweiten Bundestagswahl; denn sie brachte nicht nur eine eindrucksvolle Bestätigung des Wählers für Adenauers politischen Kurs, für seine Kanzlerdemokratie, sondern beendete mit der Restabilisierung der Union auch alle Zersplitterungstendenzen im bundesrepublikanischen Parteiensystem.

Zugleich haben diese schwierigen Anfänge dazu geführt, dass die Gründung der FDP als Bundespartei in Heppenheim zwar stets in einem organisatorisch-formalen wie auch in einem politisch-pragmatischen Sinne als wichtiges Datum der liberalen Parteigeschichte begriffen worden ist. Aber eine intensive Erinnerung an den Gründungsakt von Heppenheim, gerade auch in der länger zurückreichenden historischen Perspektive, wurde von der Partei nicht gepflegt. Das lässt sich wiederum zu einem gewissen Teil auf die Zeitumstände zurückführen: Es gibt nur wenige Fotos aus Heppenheim und – außer dem gedruckten Programm – kaum zeitgenössisches Quellenmaterial, auch kein vollständiges Protokoll des Vertretertages, und nicht einmal die Hauptreden der Parteiprominenz sind komplett überliefert. Doch das Erinnerungsdefizit war eben auch ein Spiegel der politischen Konstellationen in den 1950er und 1960er Jahren: Solange sich die FDP in erster Linie über ihre Funktion im bundesdeutschen Parteiensystem definierte, egal ob nun als Mehrheitsbeschafferin für eine bürgerliche Koalition, als liberales Korrektiv der CDU/CSU oder als dritte Kraft zwischen Union und SPD, war die historische Verankerung der Partei vernachlässigenswert, wenn nicht gar hinderlich. Ein schönes Beispiel bietet hier die Rede, die der damalige Bundesvorsitzende Thomas Dehler im April 1956 auf dem Würzburger Bundesparteitag gehalten hat: „Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der sich damals

23 Dazu jetzt ausführlich ebd.

manifestiert hat, ist ja von allen Parteien aufgenommen worden und bedarf gar nicht mehr der Vertretung durch eine Partei. – Ich brauche Ihnen nicht zu sagen: wir sind nicht die Vertreter des Liberalismus des 19. Jahrhunderts, wir sind eine Partei der geistigen, der politischen, der wirtschaftlichen Freiheit, aufgeschlossen den Aufgaben der Zeit; wir sind nicht antiquiert.“²⁴

Eine Änderung trat in dieser historischen Rückbesinnung erstaunlicherweise in dem Augenblick ein, als die FDP sich – befördert durch die Oppositionsrolle zu Zeiten der Großen Koalition – Ende der 1960er Jahre zu einer grundlegenden programmatischen und parteistrategischen Neuorientierung entschloss. Erstaunlich war diese Verbindung insofern, als die politische Neupositionierung der FDP auf den ersten Blick ganz auf die Betonung von Modernität und Fortschrittlichkeit setzte und die Partei sich auf vielen besonders umkämpften politischen Feldern wie etwa in der Deutschlandpolitik als dynamische Kraft des Wandels zu präsentieren suchte. „Wir schneiden die alten Zöpfe ab“ lautete bekanntermaßen der Slogan der Liberalen für den Bundestagswahlkampf 1969, und äußeres Zeichen des Flirts mit dem Zeitgeist waren nicht zuletzt die modischen Pünktchen im Parteianamen.²⁵

Doch zugleich vollzog sich der Umschwung in der FDP eben auch und gerade als eine Erneuerung aus liberalem Traditionsbewusstsein. Rückblickend betrachtet lässt sich bereits seit Anfang der 1960er Jahre in der Partei und ihrem Umfeld eine zunehmende Verwendung der zuvor nahezu verpönten Begriffe „liberal“ und „Liberalismus“ und eine Schärfung des aktuellen politischen Profils in der Auseinandersetzung mit historischen Positionen und Debatten des Liberalismus beobachten.²⁶ Bezeichnenderweise erschien 1966 die erste parteioffizielle „Geschichte des deutschen Liberalismus“, die einen großen zeitlichen Bogen von den Anfängen der liberalen Bewegung um 1800 bis zur Gegenwart der FDP spannte.²⁷ Erstmals bekannte sich die FDP dann im Hannoveraner Aktionsprogramm vom April 1967 offensiv zur liberalen Idee als der „bewegende[n] Kraft unserer Zeit“.²⁸ Am klarsten aber war die neue Rückbesinnung auf die liberalen Parteitraditionen in der

24 Abgedr. in: Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948–1973). Hrsg. v. Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei. Bonn 1973, 73–82, hier 81.

25 Vgl. v. a. die Beiträge in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik. Göttingen 1980, sowie Daniel Koerfer, Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966–1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal“. Stuttgart 1981, Hans Vorländer, Der Soziale Liberalismus der F.D.P. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses, in: Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hrsg.), Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, 190–226, u. ders., Die FDP zwischen Erfolg und Existenzgefährdung, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1990, 237–275, bes. 250ff.

26 Vgl. Lothar Döhn, Liberalismus als kategorialer Rahmen für die FDP, in: Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus (wie Anm. 25), 267–287, bes. 269 f.

27 Geschichte des deutschen Liberalismus. Opladen 1966.

28 Abgedr. in: Jüling, Programmatische Entwicklung (wie Anm. 19), 180–199, hier 180.

Einleitung der berühmten „Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik“ vom Oktober 1971 formuliert: „Der Liberalismus war und ist Träger und Erbe der demokratischen Revolutionen, die zu Ende des 18. Jahrhunderts in Amerika und Frankreich vom Gedanken der Freiheit und Würde des Menschen ausgehen. [...] Einer freidemokratischen: liberaldemokratischen Partei in unserem Lande bleibt die unverzichtbare und unersetzbare Aufgabe eines Hüters und Wahrsers dieser Tradition des klassischen Liberalismus gegenüber allen Freiheit und Recht bedrohenden staatlichen Maßnahmen und gesellschaftlichen Entwicklungen.“²⁹

Es war daher nur konsequent, dass im Dezember 1978, zum 30. Jahrestag des Gründungskongresses, erstmals eine offizielle Feier der Bundes-FDP in Heppenheim abgehalten wurde.³⁰ In seiner Jubiläumsansprache zog der damalige Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher genau jene Linie zwischen den Jahren 1847 und 1948, die dann auch in der Folgezeit die liberale Erinnerungskultur bestimmen sollte: Die Gründung der FDP in Heppenheim wird als das Werk „von traditionsbewussten Frauen und Männer[n] der ersten Stunde“ beschrieben, die „mit dem Namen ‚Heppenheim‘ die Erinnerung an die Zusammenkunft der Liberalen aus ganz Deutschland im Jahre 1847“ verbunden und deshalb auch bewusst diesen historisch vorbelasteten Tagungsort gewählt hätten. Zwar klingen in Genschers Rede die politischen Auffassungsunterschiede zwischen den verschiedenen Landesparteien, die in Heppenheim zusammenkamen, noch an, doch zugleich wird betont, dass es gerade die Rückbesinnung „auf die eigene Herkunft“ gewesen sei, die die Überwindung der Differenzen und damit den Gründungsakt möglich gemacht habe.³¹

Ganz in diesem Sinne wurde dann 1997/98 der 150. Jahrestag der vormärzlichen Heppenheimer Versammlung und der 50. Jahrestag der FDP-Gründung im selben Ort als eine Art Doppeljubiläum begangen, bei dem die Stadt Heppenheim und die Freie Demokratische Partei Hand in Hand arbeiteten.³² Zugleich beteiligten sich liberale Zeitzeugen wie Wolfgang Mischnick tatkräftig daran zu belegen, dass gerade auch die jüngeren Teilnehmer des Heppenheimer Gründungskongresses – sei es nun stärker aus familiärer Tradition, sei es durch die Anleitung altgedienter Liberaler wie Theodor Heuss – von der historischen Aura des Versammlungsortes erfüllt waren und dass die vormärzlich-liberale Formel von der Einheit in Freiheit ein zentrales

29 Abgedr. in: Heino Kaack, Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik. 2., Neubearb. Aufl. Meisenheim am Glan 1978, 113–147, hier 113.

30 Fünf Jahre zuvor waren zum 25jährigen Gründungsjubiläum vom FDP-Bundesvorstand „Zeugnisse liberaler Politik“ (wie Anm. 24) herausgegeben worden, unter denen auch erstmals die Heppenheimer Grundsatzreden von Theodor Heuss und Hermann Höpker-Aschhoff abgedruckt wurden.

31 Zit. nach: Bublies-Godau, Vermächtnis der Versammlungen (wie Anm. 1), 84 f.

32 Vgl. den Überblick ebd., 98ff.

Gemeinsamkeit stiftendes Leitbild der deutschen Nachkriegsliberalen bildete.³³ Das Bewusstsein dafür, dass gerade die liberale Parteitradition 1948 ein konfliktträchtiges Thema unter den westdeutschen liberalen Landesparteien war bzw. dass sich in dem Umgang mit historischer Traditionsbildung die grundlegenden politischen Divergenzen der FDP-Gründer spiegelten, war vollends geschwunden und verdrängt.

Seither scheint freilich das Bedürfnis der aktiven FDP-Politiker nach einer historisch weit ausgreifenden Verortung ihrer gegenwärtigen Politik in liberalen Parteitraditionen bereits wieder eher rückläufig zu sein. Jedenfalls finden sich in der Ansprache, die der damalige Parteivorsitzende Guido Westerwelle im Dezember 2008 zum 60jährigen Gründungsjubiläum seiner Partei in Heppenheim hielt, nur wenige historische Bezüge; es dominieren Ausführungen zu grundlegenden Wandlungstendenzen der Gegenwart wie der Globalisierung und der künftigen Rolle Europas, ja sogar ausgesprochen tagesbezogene Aussagen zu politischen Detailfragen.³⁴ Ob es daneben zu einer „Akzentverschiebung in der liberalen Erinnerungskultur“ von den beiden Heppenheimer Versammlungen der Jahre 1847 und 1948 auf einen Erinnerungsbogen, der sich von der 1848er Revolution über die FDP-Gründung bis in die Gegenwart spannt, gekommen ist,³⁵ lässt sich noch nicht mit letzter Bestimmtheit sagen.

Zusammenfassend muss zunächst festgehalten werden, dass die erinnerungskulturelle Bedeutung von Heppenheim lange Zeit eher mäßig war. Wenn sie in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich zugenommen hat, dann sagt das mehr über Konjunkturen des methodischen Konzepts Erinnerungskultur und über die Eigenheiten unseres kulturellen Gedächtnisses aus, das dahin tendiert, mit zunehmendem Zeitabstand die Erinnerung an bestimmte Fixpunkte in der Vergangenheit zu heften, – oder vielleicht auch über den aktuellen Zustand der liberalen Partei – als über den Erinnerungsort selbst. Deshalb empfiehlt es sich auch, Begriffe, die wie ‚Meilenstein‘ eher auf eine objektivierbare, nur bedingt dem historischen Wandel unterliegende Bedeutung von geschichtlichen Ereignissen zielen, besser nicht in diesem Zusammenhang zu verwenden.

Denn ein Erinnerungsort darf eben, so Etienne François und Hagen Schulze in der Einleitung zu ihrem bekannten dreibändigen Sammelwerk, „nicht als eine abgeschlossene Realität“ gesehen werden, sondern erhält „seine

33 Vgl. die entsprechende Argumentation und die zugehörigen Belege bei Bublies-Godau, Vermächtnis der Versammlungen (wie Anm. 1), 88ff. Siehe auch Günther Serfas, Gespräch mit Wolfgang Haussmann (März 1988), in: Wolfgang Mischnick (Hrsg.), Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, 81–92.

34 Der Redetext ist wiedergegeben unter: <http://cities.eurip.com/article/news/entry/81027.html> (zuletzt abgerufen am 5.4.2012).

35 So Bublies-Godau, Vermächtnis der Versammlungen (wie Anm. 1), 105, u. a. mit Blick auf Gerhardt (Hrsg.), Kraft der Freiheit (wie Anm. 2).

Bedeutung und seinen Sinn erst durch seine Bezüge und seine Stellung inmitten sich immer neu formierender Konstellationen und Beziehungen“.³⁶ Diese Erkenntnis ist aus der Sicht desjenigen, der nach einer liberalen Erinnerungskultur fragt, zunächst einmal positiv zu sehen, denn sie belegt die Sinnhaftigkeit und Machbarkeit einer gruppenspezifischen Erinnerungskultur, wobei sich freilich im Falle einer politischen Partei sogleich die Frage aufdrängt, ob denn diese parteibezogene Erinnerungskultur sich eher nach innen oder nach außen richten soll. Beides muss ja keineswegs immer Hand in Hand gehen, sondern kann durchaus in Konflikt zueinander geraten.

Wenn Erinnerung dem historischen Wandel unterliegt und sich erst in ihren Bezügen auf spezifische soziale und kulturelle Konstellationen mit Inhalt und Sinn erfüllt, so heißt dies ferner – eine an sich banale Erkenntnis, die aber nicht oft genug betont werden kann –, dass Erinnerung immer umkämpft ist, dass hinter jeder Forcierung oder Ablehnung von historischen Bezügen spezifische Interessen und Zielsetzungen stehen und dass Erinnerung stets instrumentalisiert wird. Die Gründung der Freien Demokratischen Partei in Heppenheim bietet in dieser Hinsicht, wie ich hoffe gezeigt zu haben, reiches Anschauungsmaterial. Aber es war eben nicht grundlegend anders in der Phase der Neuorientierung der FDP Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre.

Ist man sich dieser beständigen Instrumentalisierung von Erinnerung in vollem Umfang bewusst, so sind damit auch der sinnstiftenden oder parteitragenden Funktion von Erinnerungskultur in einer offenen Gesellschaft enge Grenzen gezogen. Hilfreicher als Kontinuitäts- und Diskontinuitätskonstruktionen erscheint vielmehr ein ergebnisoffenes Nachdenken über die eigene Geschichte, das nicht zuletzt darauf zielt, den „Sinn für Komplexität und Kontingenz“ zu fördern.³⁷ Vielleicht wären ja auf diesem Wege, gerade weil die Geschichtsbetrachtung nicht vordergründig betrieben wird, für die parteipolitische Gegenwart hilfreiche Erkenntnisse zu erzielen. Beispielsweise ließen sich aus dem Aufstieg und Fall des parteistrategischen Konzepts nationaler Sammlung durchaus interessante allgemeine Einsichten in den Zusammenhang zwischen Stimmenanteilen, politisch-inhaltlicher Variabilität, Positionierung im Parteiensystem und konkretem politischem Einfluss gewinnen.

36 Etienne François/Hagen Schulze, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bde. München 2001, Bd. 1, 9–24, hier 18.

37 Rudolf Vierhaus, zit. nach: ebd., 24.

Gustav Stresemann (1878–1929). Eine liberale Leitfigur in der Geschichte der Bundesrepublik?

Wirft man einen kurzen Blick auf das Leben und das politische Wirken Gustav Stresemanns, dann scheint es geradezu müßig zu sein, die Frage nach einer liberalen Leitfigur zu stellen. Wer sonst, wenn nicht Gustav Stresemann, besäße die notwendigen persönlichen, politischen und staatsmännischen Qualitäten und die Nachhaltigkeit im politischen Wirken, um ins kollektive Gedächtnis der Deutschen einzugehen und zu einer (vielleicht sogar nicht nur) liberalen Leitfigur für die Bundesrepublik nach 1945 zu werden? Der ursprünglich kaiserliche Liberale, der Anhänger der Monarchie und der „wilde Kriegstreiber“ des Ersten Weltkrieges, wandelte sich – so die allgemeine Meinung – zu einer Persönlichkeit, die seit 1923 sowohl in der Innen- wie auch in der Außenpolitik friedliche Formen der Problembewältigung praktizierte.¹ Stresemann wird daher in Publizistik und Wissenschaft als guter Deutscher und zugleich als großer und früher Europäer geehrt.² Als ein „Republikaner aus Vernunft“,³ bekannte er sich mutig gegenüber links und rechts zum Parlamentarismus und wurde damit – so die allgemeine Meinung – einer der wenigen Stützen des demokratischen Weimarer Systems⁴ Diese Selbstverständlichkeit, mit der Stresemann eine Leitfigur in der Geschichte der Bundesrepublik sein könnte, erweist sich jedoch als ein Trugschluss. Stresemann scheint vielmehr – dies ist die These des Aufsatzes – in

- 1 Wolfgang Michalka / Marshall Lee (Hrsg.): Gustav Stresemann, Darmstadt 1982; Wolfgang Michalka: Stresemann im Lichte seiner gegenwärtigen Biographien. Stresemann aus deutscher Sicht, in: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, Göttingen 2002, S. 267-289; Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann. New Literature on the Saxon Syndic and Weimar Politician, in: German Historical Institute London, Bulletin, Vol. XXVI, No. 1 (2004), S. 35-62.
- 2 Vorzügliche Zusammenfassung durch Peter Krüger: Zur europäischen Dimension der Außenpolitik Gustav Stresemanns, in: Pohl (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 194-228. Zum „Europäer“ Gustav Stresemann vgl. auch Heinz Duchhardt (Hrsg.): Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europa, Mainz 2002.
- 3 Henry A. Turner: Stresemann. Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968.
- 4 So seine letzten Biografen: Jonathan Wright: Gustav Stresemann, Weimars Greatest Statesman, Oxford 2002 (deutsch, 2006). In ähnlichem Sinne Eberhard Kolb, Gustav Stresemann, München 2003. Etwas kritischer die Studie von John P. Birkelund, Gustav Stresemann. Patriot und Staatsmann, Hamburg 2003.